gesetzlichen Regelung des § 9 StGB auszulegen. Nur die darin genannten Quellen bzw. Entstehungsgründe kommen als Erfolgsabwendungspflichten in Betracht.⁶⁷

Die von § 9 StGB erfaßten Pflichten haben den Charakter konkreter Rechtspflichten, unabhängig davon, ob sie in einer speziellen Rechtsbestimmung (Arbeitsschutzanordnungen, Straßenverkehrsordnung, Brandschutzordnung usw.) gesetzlich im einzelnen geregelt sind. Auch die rechtlich näher geregelten Pflichten (zum Beispiel ungeschriebene Berufsregeln) sind nicht ausschließlich moralischen bzw. sozialen Charakters, sondern durch die gesetzliche Regelung in § 9 StGB ausdrücklich als Rechtspflichten anerkannt und haben die gleiche rechtliche Verbindlichkeit.

Strafrechtlich bedeutsame Pflichten im Sinne des § 9 StGB sind solche, die dem „Verantwortlichen ... zur Vermeidung schädlicher Folgen oder Gefahren obliegen“. Dieses Merkmal grenzt die strafrechtlich bedeutsamen Rechtspflichten inhaltlich von anderen Rechtspflichten ab und bestimmt den allgemeinen Inhalt der Erfolgsabwendungspflichten.

Bei den *Erfolgsabwendungspflichten* hat die Pflicht zur Vermeidung schädlicher Folgen oder Gefahren jedoch einen ganz spezifischen Inhalt, durch den sich die Erfolgsabwendungspflichten von anderen strafrechtlich bedeutsamen Pflichten, insbesondere von den sogenannten einfachen strafrechtlichen Handlungsweisen, unterscheiden.

Die Erfolgsabwendungspflichten verlangen von den Verantwortlichen nicht nur, eine Tätigkeit zum Schutz des Objektes (zum Beispiel Hilfeleistung bei Unglücksfällen) schlechthin vorzunehmen. Sie enthalten vielmehr die *konkrete und unmittelbare Verpflichtung zur Abwendung von tatbestandsmäßig gekennzeichneten Schäden oder Gefahren* (des „Erfolgs“ im Sinne des Strafrechts). Die Erfolgsabwendungspflichten werden durch *zwei wesentliche Kriterien* charakterisiert:

Erstens: Die Pflicht zur Vermeidung von Schäden oder Gefahren resultiert aus einer *besonderen Verantwortung* für den Schutz des verletzten Objektes, die sich aus der gesellschaftlichen Stellung, aus dem Beruf, der ausgeübten Tätigkeit oder aus sonstigen tatsächlichen Umständen ergibt.

Zweitens: Die Erfolgsabwendungspflichten zielen *direkt auf die Vermeidung und Abwendung von Schäden und Gefahren ab*. Die Vermeidung

und Abwendung von Schäden und Gefahren ist der eigentliche und hauptsächliche Inhalt der Erfolgsabwendungspflichten.

Die Erfolgsabwendungspflichten beinhalten zum Teil *primär die Verpflichtung zur Abwendung von Schäden und Gefahren*, wie zum Beispiel die des Arztes gegenüber seinen Patienten, gesundheitliche Schäden abzuwenden. *In ihrer Mehrzahl* handelt es sich bei den Erfolgsabwendungspflichten jedoch um solche, die positiv die Durchführung bestimmter gesellschaftlicher oder persönlicher Tätigkeiten regeln und damit *implizite* ein solches Verhalten bei der Realisierung der gesellschaftlichen oder persönlichen Ziele vorschreiben, das Gefahren und Schäden weitgehend ausschließt. Sie haben hier nach ihrem unmittelbaren Inhalt den Charakter von *Sorgfaltspflichten* und *Sicherheitsbestimmungen* (wie insbesondere die Pflichten nach der Straßenverkehrsordnung sowie die in Arbeits- und Brandschutzordnungen enthaltenen Vorschriften zur Vermeidung von Bränden, Explosionen, Havarien und Arbeitsunfällen). Bei den Erfolgsabwendungspflichten muß sich die Verpflichtung darauf richten, bestimmte Tätigkeiten zur Abwendung oder zum Ausschluß solcher *Schäden oder Gefahren*, die im *gesetzlichen Tatbestand* gekennzeichnet werden, *vorzunehmen*.

Von den Erfolgsabwendungspflichten sind die *einfachen strafrechtlichen Handlungspflichten* zu unterscheiden.⁶⁸ Die einfachen strafrechtlichen Handlungspflichten werden durch das Strafgesetz selbst begründet. Der gesetzliche Tatbestand erklärt das Unterlassen bestimmter Handlungen für strafbar und begründet damit *für jedermann* die Verpflichtung, beim Vorliegen der tatbestandsmäßigen Voraussetzungen tätig zu werden. Der Täter wird deshalb für das bloße Unterlassen verantwortlich gemacht,⁶⁹ während

67 Zur gesetzlichen Regelung der Pflichten in § 9 StGB vgl. S. Wittenbeck/H. Pompos, „Zum Begriff der Pflichten i. S. des § 9 StGB“, Neue Justiz, 1971/16, S. 475 und die dort angegebene Literatur; E. Buchholz/D. Seidel, „Strafrechtliche Verantwortlichkeit unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution“, Staat und Recht, 1985/2, S. 116ff.

68 Zum Inhalt der einfachen strafrechtlichen Handlungspflichten vgl. die Ausführungen von S. Wittenbeck zu § 119 StGB in „Verletzung der Pflichten zur Hilfeleistung und der Obhutspflicht“, Neue Justiz, 1971/7, S. 201 f.

69 Vgl. OG-Urteil vom 19. 11. 1968, Neue Justiz, 1969/2, S. 57.